

Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 2 Euro

Nr. 4 · Mär./Apr. · 2020

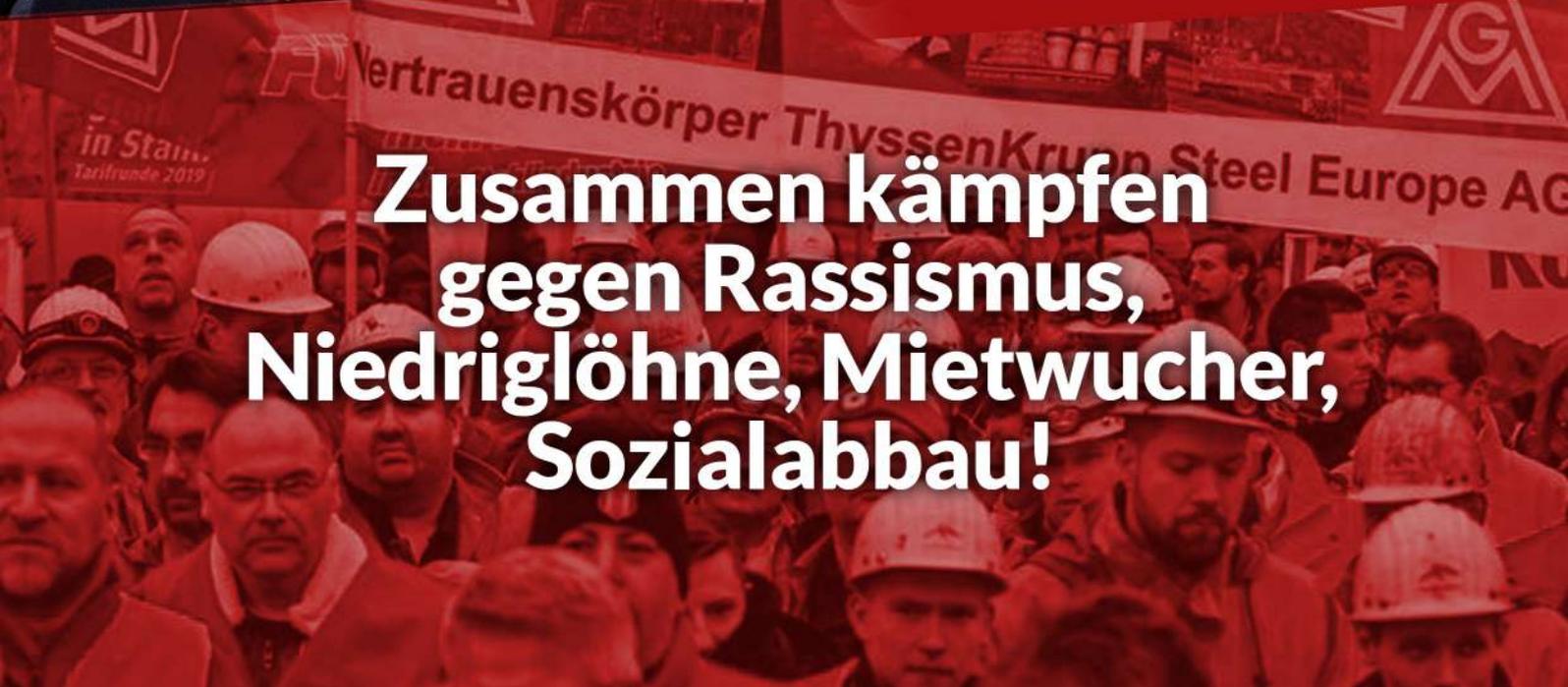
Erst spalten sie, dann kürzen sie.

**RECHTS
KOMMT VON
OBEN!**



**Auch in dieser Ausgabe:
8. März: Internationaler Frauentag
Interview mit Fatima Hazaarath
(ehem. Altenpflegerin)**

**Zusammen kämpfen
gegen Rassismus,
Niedriglöhne, Mietwucher,
Sozialabbau!**



8. März Kampftag der Frauen -

Der Internationale Frauentag kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Am 19. März 1911 wurde er das erste Mal gefeiert - eingeführt von Kommunisten und auf dem Rücken internationaler Kämpfe von Textilarbeiterinnen. Diese Kämpfe fielen zusammen mit dem Kampf um ein Frauenwahlrecht, das in Deutschland zuerst nach der Novemberrevolution 1918 eingeführt wurde. Vorangetrieben wurde die Einführung eines Frauentags zuerst von der deutschen Sozialistin Clara Zetkin, die ihn auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen vorschlug.

Für uns ist der 8. März ein Tag der internationalen Solidarität und des Kampfes.

Wir als Sozialisten kämpfen nicht für die Befreiung der Frau allein. Wir suchen nicht den Kampf der Frau gegen den Mann. Wir kämpfen für die Befreiung der Frauen und Männer unserer Klasse – der Arbeiterklasse.

Niedriglöhne, Armutsrenten, Privatisierungen und Zeitarbeit machen nach dem Geschlecht keinen Unterschied. Sie treffen uns gleichermaßen. Unsere gemeinsamen Interessen erfahren wir jeden Tag auf der Arbeit ganz deutlich. Jeder von uns, egal welches Geschlecht, welche Nation oder welche Hautfarbe, kann von einer Welt frei von Ausbeutung nur profitieren. Nur gemeinsam können wir sie gewinnen.



Interview mit Fatima Hazaarith, ehem. Altenpflegerin in Hamburg

Wir haben uns mit Fatima Hazaarith getroffen. Fatima lebt in Hamburg. Sie war früher Altenpflegerin und macht heute eine berufsbegleitende Weiterbildung zur Erzieherin. Fatima will uns ihre Geschichte erzählen.

„Ich bin Fatima Hazaarith. Heute lebe ich in Hamburg, aber eigentlich komme ich aus dem Sudan. Dort wurde ich mit vier Jahren von meiner Mutter zur Adoption freigegeben. Sie hatte eine Affäre mit einem anderen Mann, was im Sudan – einer streng muslimischen Region – strikt bestraft wird. Ich musste von zuhause weg. In einem Haushalt reicherer Menschen habe ich von da an hart gearbeitet. Ich musste kiloweise Essen zubereiten und konnte nie vor Sonnenuntergang duschen. Erst durch eine Heirat mit einem zehn Jahre älteren Mann, von dem ich heute getrennt bin, war es mir möglich von dort wegzukommen.“

Etwas später bist du nach Deutschland gekommen. Wann war das, und wie ging es hier weiter?

„Im März 2009 bin ich nach Deutschland gekommen. Ich wollte Kindergärtnerin werden, aber mein Schulabschluss wurde nicht anerkannt. Mein Mann hat nebenher Catering gemacht um über die Runden zu kommen. Eine fünfjährige Ausbildung ohne Bezahlung, das wäre nicht gegangen! So bin ich als Ungelernte in die Altenpflege gekommen und habe später die Ausbildung zur Altenpflegerin gemacht.“

Wie ist es dir in der Altenpflege ergangen?

„Anfangs haben die Menschen mir Dankbarkeit für meine Arbeit gezeigt. Mit der Zeit wurde das aber immer schlechter. Manche Bewohner haben mir gesagt, dass jemand mit meiner Hautfarbe nicht hierher gehört. „Neger“ und „Du gehörst in die Küche, Kartoffeln schälen“ hat man mir gesagt. Ich habe ihnen gesagt, dass ich nunmal hier bin und



Clara Zetkin spricht zu Menschenmenge

Kampftag der Arbeiterklasse!

sie doch ihren Dreck auch nicht selbst wegmachen wollen, oder? Immer schlimmer wurden solche Angriffe in der Zeit der „Flüchtlingswelle“. Ich wurde nicht mehr nur auf der Arbeit angegriffen, sondern auch auf der Straße. Eines Tages wurde ich dann auf der Arbeit von einem älteren Mann angegriffen. Er hat mir im Badezimmer an den Hintern gefasst und ich habe ihm gesagt „Bitte lassen Sie das!“. Er wurde aggressiv, ist auf mich losgegangen und hat mich verprügelt. Immer wieder kommt es in diesem Beruf zu sexueller Belästigung.“

Was könnte man machen, um das Problem zu lösen?

„Es ist wichtig, dass wir darüber sprechen. In der Schicht sind wir meistens allein – der Personalmangel ist eine Katastrophe in der Pflege! Dann kommt immer die Zeitarbeit. Die Kollegen aus der Stammebelegschaft sind überlastet, melden sich krank, und ihre Bezahlung ist beschissen. Die Zeitarbeiter kriegen dann 14 oder 15 Euro die Stunde. Unsere Kollegen 10. Wie ungerecht ist das? Zeitarbeit gehört abgeschafft!“

Wo siehst du die Probleme mit der Zeitarbeit?

„Zeitarbeiter haben keine Bindung zum Beruf, sie denken sich „Wenn ich morgen nicht mehr da bin, ist mir das auch egal“. Sie kennen sich mit der Übergabe nicht aus, machen keine Dokumentation. So kann man nicht professionell arbeiten. Und Pflege ist mehr als Po abwischen! Wenn du keine Fachkraft bist, darfst du in dem Beruf vieles nicht machen. Zum Beispiel: Am Montag werden die Verbände gewechselt. Jetzt arbeitet aber ein Pflegehelfer. Er hat die Ausbildung nicht, also darf er keine Verbände wechseln. Obwohl der Verband vielleicht jeden Tag gewechselt werden muss. Das ist einfach Unterversorgung!“

Welche Auswirkungen hat das auf die Altenpflege?

„Die Pflegeheime laufen irgendwie, aber die Bewohner werden aggressiv. Jeden Tag kommt jemand neues, das ist Stress für ältere Menschen. Und für die Kollegen ist das auch eine Katastrophe. Du hast kein Team mehr mit dem du arbeitest. Dazu kommt der Personalmangel. Oft hast du so viele Aufgaben auf einmal: Hier sollst du ein Hemd wechseln, da alle im Blick behalten und dort Brote schmieren, das Geschirr und den Müll abräumen. Du bist Altenpfleger und Servicekraft in einem. Und wenn du das nicht schaffst kriegst du eine auf den Deckel. Vom Chef, und die Angehörigen wundern sich dann, warum die Kleidung nicht gewechselt wurde. Aber das geht auch gar nicht!“

Wir bedanken uns bei Fatima für das Gespräch und wünschen ihr alles Gute! ■



FORTSETZUNG VON SEITE 12

Von den Schulen zu den Betrieben

Im Falle Deutschlands wird es nicht von alleine zu einem Nulltarif kommen. Wir brauchen einen breiten Kampf dafür. Einen Kampf, der eine solche Forderung nach einem kostenlosen Nahverkehr mit der Forderung nach der kompletten Rückverstaatlichung der Deutschen Bahn AG, egal ob im Fern- oder Nahverkehr, verbindet und der den schleichenden Privatisierungen in Hamburg und Berlin den Kampf ansagt.

Was wir brauchen ist ein demokratischer, staatlicher Plan, der einen effektiven und vernünftig geplanten Ausbau der Verkehrsmittel in allen Regionen vorsieht. Nur so könnten Probleme wie Verkehrschaos, Unterversorgung, Preisanarchie und Umweltzerstörung gleichzeitig gelöst werden. Eine solche zentrale Aufgabe muss durch die kontrolliert werden, die es am besten wissen: Durch uns, die jeden Tag damit fahren und beim HVV arbeiten, die wir jeden Tag aufs Neue die dringendsten Probleme vor der Nase haben. Vor allem müssen wir diese Forderungen in die Verkehrsbetriebe selbst tragen. Denn die U-Bahn-Fahrer und Fahrerinnen, die Techniker der Hochbahn und die vielen anderen Beschäftigten sind es, die jeden Tag für uns schufteten und dafür sorgen, dass wir von A nach B kommen. Und ihre Interessen stehen im Gegensatz zu denen der Geschäftsführungen, die die Arbeitszeiten flexibilisieren und Arbeitsplätze änderungskündigen, wie der Fall von Seref Arslan und anderen Wagenmeistern des DB Fernverkehr in Hamburg zeigt. Ihre Kämpfe sind auch unsere Kämpfe. Wir müssen die Bewegung der vielen Tausenden Jugendlichen, die in den letzten Monaten für Umweltschutz auf die Straße gegangen sind, mit den Arbeitskämpfen verbinden, für einen umweltfreundlichen und kostenlosen Nahverkehr, egal ob für Schüler und Schülerinnen, Azubis oder Arbeiter und Arbeiterinnen. Denn die Stadt gehört denen, die darin arbeiten!

Der DGB zwischen Arbeitskampf und Anpassung: Was wir aus den Streiks in Frankreich lernen können



Rasmus Schad

Bis Anfang diesen Jahres wurde Frankreich von einer massiven Protest- und Streikwelle getroffen. Die französischen Arbeiter waren in der Lage, die Krise des Regimes nach der „nuit debout“-Bewegung und den Gelbwesten in den längsten Klassenkampf seit den Protesten von 1968 zu verwandeln. Dass die französische Arbeiterschaft eine solche Kampfkraft an den Tag legen konnte, lag nicht zuletzt daran, dass sich in Teile der traditionell kämpferischen Gewerkschaften wie der CGT genug Druck aufbaute um weite Teile der Gesellschaft durch organisierte Streiks lahm zu legen. Im Vergleich dazu fielen die Protestaktionen, die die Gewerkschaften in Deutschland gegen die Agenda 2010 oder vergleichbare Kahlschlagsprogramme organisiert hatten, gerade zu mickrig aus. Diese auffällige Schwäche macht es notwendig, die Gewerkschaftslandschaft in Deutschland einmal genauer zu untersuchen.

Der DGB vom politischen Akteur zum Lohnverhandlungsverein

Der DGB wurde 1949 als Dachverband der westdeutschen Einzelgewerkschaften gegründet. Von Anfang an waren seine Teilgewerkschaften als Einheitsgewerkschaften, die möglichst alle Arbeiter, unabhängig ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit oder Herkunft vereinen sollten. Dieses Konzept der Einheitsgewerkschaft wurde aus den Er-

fahrungen der Weimarer Republik geboren, da von den damaligen Gewerkschaftern die Zersplitterung der Bewegung in parteiabhängige „Richtungsgewerkschaften“ wie den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) (Zentrumspartei) und ab 1929 die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die der KPD nahe stand. Diese Zersplitterung erschwerte auf der einen Seite die konkreten Arbeitskämpfe in den Betrieben, darüber sahen viele Mitglieder darin einen Faktor, der es den Nazis erleichterte, die gesamte Bewegung zu zerschlagen. Gegen diese Annahme sprechen allerdings die Erfahrungen aus Ländern wie Spanien, in denen eine ähnliche Gewerkschaftslandschaft effektiver gegen den aufziehenden Faschismus mobilisieren konnte.

Während seiner Gründungsjahre stellten die DGB-Gewerkschaften weitreichende sozial- und wirtschaftspolitische Forderungen. Im seinem ersten Grundsatzprogramm wurde die Verstaatlichung von Schlüsselsektoren, insbesondere der Montanindustrie, und staatliche Wirtschaftsplanung gefordert. Diese Forderungen legte die Gewerkschaftsführung sogar dem Bundestag als Gesetzentwurf vor. Ein Jahrzehnt später war dieses radikale Programm Geschichte. Parallel zu den Entwicklungen in der SPD setzte sich ein Flügel der Gewerkschafter durch, der Abstand von einer Umgestaltung der Wirtschaft nahm und statt dessen lediglich eine stärkere Beteiligung der Arbeiterschaft an den boomenden Gewinnen der Bosse forderte. Georg Lebers, langjähriger SPD-Abgeordneter und Architekt dieser Neuausrichtung

proklamierte in einem Debattenbeitrag Unternehmerwillkür und Ausbeutung seien „überholte Floskeln, die nicht mehr in ein Programm hineingehören, das den Gewerkschaften den Weg in die Zukunft weisen soll“. Dieser Richtungswechsel fand natürlich nicht im luftleeren Raum statt, sondern vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Westdeutschland. Die Furcht vor der Ausbreitung sozialistischer Bewegungen in der Arbeiterschaft des Westens während des Kalten Krieges sowie die Vollbeschäftigung durch das mit amerikanischen Marshall-Dollars finanzierten „Wirtschaftswunders“ schufen eine außerordentlich günstige Situation für sozialdemokratische Politik und die Integrierung wichtiger Teile der Arbeiterklasse in das politische System der kapitalistischen Demokratie durch konstantes Lohnwachstum.

Co-Management statt Klassenkampf

Dieses Modell der Gewerkschaftsarbeit, die das schon in der Weimarer Republik entwickelte Konzept der „sozialpartnerschaftlichen“ Zusammenarbeit mit den Unternehmern, auf die Spitze treibt, in dem nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht kooperiert wird, sondern auch die politische Konfrontation weitestgehend vermieden wird, hat sich seit dem verschärft. Sowohl bei der Kapitulation vor der Agenda 2010 oder dem Co-Management der Krise 2009, bei dem die Gewerkschaften bereitwillig Kurzarbeit und Reallohnkürzungen mittragen, zeigte sich die Impotenz und der Unwillen der Führung ihre Mitglieder maßgeblich gegen das Abwälzen wirtschaftlicher Fehlplanung und kapitalistischer Krise auf die Arbeiter zu mobilisieren. Auch die generelle Struktur des Aufbaus scheint gerade dem Zweck zu dienen, die Mitglieder passiv bleiben zu lassen. Der offensichtliche Vergleich mit der wütenden Streikbewegung in Frankreich, die heute gegen ihre eigene Agenda-Politik kämpfen, drängt sich hier auf.

Ein weiterer Faktor ist die enge Verbindung der Gewerkschaftsführungen mit der SPD. Obwohl die „Einheitsgewerkschaft“ an und für sich ja parteipolitisch unabhängig sein soll, sind die Gemeinsamkeiten personell wie politisch unübersehbar. Die Vorsitzenden der drei größten DGB-Gewerkschaften, ver.di, IG Metall und IG BCE, die gemeinsam fast 90% der Mitglieder stellen sind langjährige Mitglieder der SPD. Reiner Hoffmann, Vorsitzender der Gesamtorganisation, fiel vielen linken Gewerkschaftern besonders negativ auf, als er 2018 in dieser Funktion massiv in die innerparteiliche Diskussion um die Fortführung der Koalition der SPD mit der CDU eingriff und die Existenz dieser Regierung des Sozialab- und Profitausbaus für weitere 4 Jahre sicherte.

Diese Kooperation zeigte auch die Diskussion um das kontroverse Tarifeinheitsgesetz, das als Reaktion auf die Streiks der Lokführergewerkschaft GDL 2015 unter der damaligen Arbeitsministerin Andrea Nahles verabschiedet wurde. Es besagt, dass die Tarifabschlüsse der Mehrheitsgewerkschaft in einem Betrieb für alle Gewerkschaftsmitglieder bindend ist, auch wenn diese einer kleineren Gewerkschaft angehören. Da dies de facto überall die DGB-Gewerkschaften sind, schränkt es die Koalitionsfreiheit für kleine, radikalere Spartengewerkschaften massiv ein und verhindert, dass sie schärfere Forderungen in Tarifaueinandersetzungen als die Mehrheitsgewerkschaft aufstellen.



Masse oder Sparte – Wo stehen wir?

Trotz dieser massiven Kritik, die man als Linker an dem DGB und seiner Führung äußern kann und muss, werden wir als Marxisten weiterhin in den Gewerkschaften arbeiten. Auch wenn dieses Vorgehen auf den ersten Blick paradox wirkt, muss man die Unterschiede zwischen Partei- und Gewerkschaftsarbeit begreifen.

Gewerkschaften sind in ihrem Kern dadurch definiert, dass ihr Hauptanliegen kurzfristige ökonomische Interessen der Arbeiterschaft sind. Die Stärke, die daraus erwächst, liegt darin, weite Teile der Arbeiterklasse anhand dieses direkten Interesses zu organisieren und ihre Kämpfe in den Betrieben zu führen. Auch ein unpolitischer Arbeiter erkennt in diesen das gemeinsame Klasseninteresse und die Macht, die gemeinsame Aktionen und Streiks darstellen können.

In diesem Wesen ist allerdings auch die Schwäche der Gewerkschaften enthalten. Im Laufe ihrer Existenz waren es gerade die eigenen Erfolge in den Phasen der kapitalistischen Expansion, insbesondere vor dem 1. und nach dem 2. Weltkrieg, die dazu führten, sich ausschließlich auf diese „Alltagsfragen“ zu konzentrieren, vom Werkzeug der Auseinandersetzung zwischen den Klassen zum Ausgleichselement der kapitalistischen Gesellschaft zu werden und eine eigene Bürokratie herauszubilden, deren Lebensrealität in Aufsichtsräten und Meetings eher den Managern der Gegenseite ähnelt als den eigenen Mitgliedern.

Diese Faktoren diktieren die Art und Weise, wie Revolutionäre in den Gewerkschaften arbeiten. Auf der einen Seite hängt die Glaubwürdigkeit jeder marxistischen Organisation auch davon ab, wie sie sich an den Kämpfen der eigenen Klasse beteiligt. Wer an Universitäten und auf Tagungen über das mangelnde Klassenbewusstsein der deutschen Arbeiter lamentiert, mag zwar seine reine Lehre behalten, bleibt aber immer eine Kleinstsekte. Stattdessen müssen wir in Arbeitskämpfen immer daran arbeiten, die größtmöglichen Forderungen zu stellen, und so die engen Grenzen des sozialpartnerschaftlichen Systems aufzuzeigen. Wenn Arbeitskämpfe diese Grenzen erreichen, braucht es eine marxistische Partei, die den politischen Weg aus dieser Sackgasse zeigt. Die DGB-Gewerkschaften organisieren trotz Mitgliederverlusten noch immer 6 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, und glücklicherweise gibt es auch unter den Basismitgliedern viele, die sich eine kämpferische Politik wünschen und bereit sind dafür zu kämpfen. Unser Ziel muss es sein, die Gewerkschaftseinheit von Unten aufzubauen und eine kämpferische Politik auch gegen die eigene Führung durchzusetzen. ■

Katharina Doll

Einige sprechen nach der Wahl von Kemmerich von einem „Dammbruch“. Grund dafür ist die Hoffnung, die „demokratischen Parteien“ würden das Erstarren der Rechten aufhalten. Doch diese Hoffnung wird betrogen werden. Im Kampf gegen Rechts müssen wir uns auf unsere eigene Kraft verlassen. Wir können die Rechte nur besiegen, wenn wir aufstehen und kämpfen. Gegen die Politik des Weiter so mit Armut, Niedriglöhnen, Armutsrenten und Sozialabbau. Für den Aufbau einer entschlossenen, sozialistischen Arbeiterbewegung!



Streikende Opel-Kollegen werfen Hölle und die AfD von ihrer Demonstration. Eisenach (Thüringen), April 2018.

Anschlag in Hanau, AfD erstarkt, Rechts kommt

Kampf zwischen oben und unten

Wo die Parteien des bürgerlichen Parlamentarismus ihre Wählerklientel einbüßen, wird der Rechtspopulismus zum Steigbügelhalter bürgerlicher Herrschaft. Das tut er, indem er mithilfe radikal anmutenden Auftretens Schichten hinter sich versammelt, die entweder ein finanzielles Interesse an ihrem Erstarren haben oder mit dem ewig gleichen Gewäsch der bürgerlichen Parteien abrechnen wollen. Darum spricht die AfD von einer „Wende 2.0“ hin zu „echter“ Demokratie statt der „erstarrten Altparteienherrschaft“. Dort, wo sie relevant Wählerklientel aus der Arbeiterschaft, unter Arbeitslosen und aus dem Kleinbürgertum hinter sich versammeln kann, gibt sie sich sozial und greift die liberale Politik der restlichen Parteien scheinbar an. (2)

Sie bricht dabei immer dem Pfeil die Spitze ab. Die AfD will die kapitalistische Klassengesellschaft nicht abschaffen, richtet sich gegen die organisierte Arbeiterbewegung und verfolgt eine Politik des sozialen Friedens. Im Arbeitspapier der „Arbeitnehmer in der AfD“ von 2016 richten sie sich gegen Betriebsräte und schreiben: „Der Skandal um den ehemaligen VW-Betriebsrat jedoch zeigt auf, dass Betriebsräte, statt die Interessen der Belegschaft verantwortlich und nachhaltig zu vertreten, mehr am eigenen Machterhalt interessiert sind und eher den Arbeitgebern zugehört sind [...]“. Die AfD ist nicht Gegner der Reichen und Mächtigen in unserem Land, sondern eines ihrer Standbeine. Wird ein Bundesland – wie Thüringen – für die anderen bürgerlichen Parteien schwer regierbar, ist da noch die AfD.

In Zeiten, in denen der Klassenwiderspruch sich objektiv zuspitzt erscheint in Form des Rechtspopulismus eine Partei der Eliten, die sich an die Massen wendet und gleichzeitig den von Teilen der Bourgeoisie angestrebten autoritären Umbau des Staates im Blick hat. Statt Klassenpolitik für die Arbeiterschaft und Armen setzt sie auf eine Ideologie, die wieder alle Schichten der Bevölkerung hinter einem Banner einen soll: den Nationalismus.

Was in Deutschland gerade an Macht gewinnt ist nicht der „rechte Rand“ der Gesellschaft, sondern der Teil der Eliten, der einen autoritäreren Regierungskurs befürwortet. Oder gehört etwa ein Hans-Georg Maaßen, ehemaliger Leiter einer Staatsbehörde, zum Rand der Gesellschaft? Tut es Krawinkel, der Berliner Bauunternehmer, der der AfD für ihre Klage gegen den Berliner Mietendeckel satte 100.000 Euro gespendet hat?

Warum erstarkt die deutsche Rechte?

Als die AfD noch in den Kinderschuhen steckte, hofften einige deutsche Linke, dass es mit ihr schnell vorbei wäre. Es hatte nach 1945 mehrere rechte Formationen in Deutschland gegeben, und keine konnte sich langfristig als Partei über der 5%-Nische behaupten. (1) Diese Hoffnung hat sich im Fall der AfD nicht bestätigt. Sie ist heute etablierter Bestandteil des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik. Dass das so ist, hat vor allem eine Ursache: Die Krise 2008 hat eine Veränderung der politischen Verhältnisse zum Ausbruch gebracht. Auf verschiedenen Ebenen hat sie das Fundament des bürgerlichen Parlamentarismus, in dem wir leben, zerrüttet. Sie hat das sprunghafte Wachstum politischer Massenbewegungen bewirkt. Sie hat dafür gesorgt, dass ein wachsender Sektor der herrschenden Klasse einen nationalistischeren Kurs zur Krisenbewältigung befürwortet und sich zunehmend gegen wirtschaftsliberale Freihandelspolitik richtet. Dazu kommen die Jahrzehnte sozialer Kürzungen und einer Politik der Deindustrialisierung, die Teile Deutschlands in ökonomisches Brachland verwandelt hat. Die „Gürtel enger schnallen“-Politik hat weitere Schichten der Demagogie des Rechtspopulismus geöffnet.

(1) 1998 erlangte die DVU in Sachsen-Anhalt 12,9% und 16 Mandate, 2004 fielen 9,2% der Stimmen in Sachsen auf die NPD und 2006 7,3% in Mecklenburg-Vorpommern.

(2) Am 27. April 2018 greift beispielsweise der AfD-Bundestagsabgeordnete Norbert Kleinwächter seine „lieben sozialistischen Kollegen“ von SPD und LINKE in der Debatte zur Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes dafür an, dass SPD und LINKE die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung fordern, ohne das Problem der Kettenbefristung mit Sachgrund beheben zu wollen.

CDU auf Kurswechsel: von oben!

CDU auf Kurswechsel

Ursache für den Kurswechsel der Eliten ist die objektive Lage der sozialen Spaltung, der Massenbewegungen und noch dazu des sich verschärfenden Wettstreits unter den Großmächten dieser Welt. Denn wenn die Bosse der Banken und Konzerne auch international zunehmend in Bedrängnis kommen, brauchen sie um ihre Profite zu sichern verlässliche Partner im Inland für weitere soziale Einschnitte. Trotz aller Lippenbekenntnisse gegen Rechts war das, was durch die Ereignisse in Thüringen innerhalb der CDU ausgelöst wurde auch genau keine Festigung des moderaten und pseudo-weltoffenen Merkel-Kurses, sondern eine Rechtsverschiebung. Der aussichtsreichste Kandidat im Rennen um den CDU-Vorsitz ist der rechte Merkel-Gegner und radikalliberale Merz, der sich erst kürzlich für eine Einschränkung der Presse geäußert hat.

Ähnlichkeiten zur NSDAP?

Der Coup in Thüringen hat Vergleiche zwischen AfD und NSDAP befeuert. Doch unsere Situation unterscheidet sich noch immer deutlich von 1933. Von Beginn an hatte die NSDAP ein sozialdemagogischeres Profil als die AfD heute. In ihrem 25-Punkte-Programm forderte sie die Verstaatlichung bisher vergesellschafteter Trusts, die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben und die unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke – vermischt mit antisemitischen Ressentiments. Im Januar 1931 gründete die NSDAP ihre Reichsbetriebszellenabteilung und unter dem Schlagwort „Hib - Hinein in die Betriebe“ und begann eine offensive Mitgliederwerbung in Großbetrieben.



„Jagt die Bonzen aus den Sesseln!“
NS-Betriebszellenversammlung. Berlin, 1932.

Zu ihrem sozialdemagogischen Flügel gehörte auch die Führung der SA unter Ernst Röhm, der sich sogar als „An-

tikapitalist“ verstand und eine Kooperation mit dem Großkapital ablehnte. Auch eine paramilitärische Struktur besitzt die AfD bisher nicht. Dass die NSDAP bis 1933 zur Partei mit Masseneinfluss anwachsen und ihre Basis auf der Straße mobilisieren konnte, lag vor allem an der tiefen Wirtschaftskrise 1929. Anders als die Krise 2008, die Deutschland in einem Moment der Stärke traf, kam es zur Krise 1929 relativ kurz nach dem Ersten Weltkrieg, als die deutsche Industrie geschwächt und Deutschland weiterhin mit Reparationen belastet war.

Björn Höcke repräsentiert in der heutigen AfD eine faschistische Entwicklungstendenz. Auch wenn er sich nicht offen als Faschist äußert, ist er kein Freund der bürgerlichen Demokratie und treibt mit der bürgerlich-demokratischen Politik ein Katz-und-Maus-Spiel. Ob sein Flügel die AfD aber zur faschistischen Partei mit Schlägertruppen auf den Straßen umformen wird, hängt von objektiven Bedingungen ab. Kommt es zum Einbruch einer tiefen Krise, verschärft sich die neoliberale Kürzungspolitik und ist die Gegenwehr von Seiten der Arbeiterbewegung geschwächt, dann ist ein Erstarken einer faschistischen Tendenz in der AfD möglich.

Politik im Interesse der Arbeiterklasse!

Der Thüringer Coup ist nicht Ausdruck davon, dass die Mehrheit des deutschen Kapitals jetzt einen Faschisten an die Macht bringen will. Er deutet auf eine tiefe Legitimationskrise der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaft und auf eine Kapitalfraktion hin, die einen autoritäreren Kurs und „verlässlichere“ Partner für soziale Einschnitte sucht. Der Strömungskampf in der CDU macht deutlich, dass diese Kapitalfraktion sich derzeit im konservativen Lager durchsetzt.

Während in wohlhabenderen Regionen die Grünen erstarkt sind, ist das Erstarken der AfD vor allem dort vorangeschritten, wo eine tiefe soziale Spaltung existiert. Ob die Tendenz anhält hängt davon ab, inwiefern es der Arbeiterbewegung und Linken gelingt, die soziale Spaltung zu nutzen um kämpferische Politik zu machen und Angriffe abzuwehren. Einen Hoffnungsschimmer gab es zum Beispiel in Eisenach, wo Björn Höcke im April 2018 von einer Demonstration streikender Opel-Arbeiter geworfen wurde.

Wir erwarten, dass sich der Kampf der Eliten gegen die arbeitende und arme Bevölkerung verschärfen wird. Es werden Stellenstreichungen und Kürzungen geplant. Die Spannungen zwischen oben und unten nehmen zu. Und in Zeiten zunehmender sozialer Angriffe wird die Entfremdung vom politischen Establishment zunehmen. Die Linke wird sich nur behaupten, wenn sie eine grundsätzlich andere Politik macht als der neoliberale Einheitsbrei von Grünen bis zur CDU. Ob ihr das gelingt hängt davon ab, auf wen sie sich stützt: ist sie das kleine Kind am Rockzipfel von SPD und CDU, oder stützt sie ihre Kraft auf die Mobilisierungen der Arbeiterschaft? Dabei ist eine engere Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften im Parlament genau der falsche Weg. Sie mag zwar kurzfristig einem Bodo Ramelow den Einfluss im Staatsapparat erhalten. Langfristig macht sich DIE LINKE als Protestpartei gegen die bürgerlichen Eliten unbrauchbar. Schreitet die soziale Spaltung voran, wird diese Politik zurückfeuern, denn sie überzeugt diejenigen, die mit dem etablierten Politikbetrieb brechen davon, dass die LINKE mit seinen Vertretern das Bett teilt. ■

Vincent Schwarz

Die vergangenen 30 Jahre haben Alle, die nach der Auflösung der Sowjetunion das „Ende der Geschichte“ gekommen sahen, Lügen gestraft. Die Welt hat sich seitdem nicht stetig in Richtung Frieden, Demokratie und Wohlstand für Alle entwickelt, im Gegenteil! Es gibt weiterhin Armut, Stellvertreterkriege und in den letzten Jahren auch verstärkt direkte Konflikte zwischen den imperialistischen Großmächten (NATO-Russland, USA-China). Das ist keine Überraschung, denn mit dem Fall des Ostblocks hat das System vorerst „gewonnen“, in dessen Funktionsweise Konflikte und Kriege unvermeidlich begründet sind: der Imperialismus.

Was ist Imperialismus?

Der Imperialismus ist der Kapitalismus in seinem monopolistischen Stadium. Er zeichnet sich durch die Konzentration der Produktion in wenigen Konzernen aus, die kleinere Konkurrenten aus dem Markt drängen oder aufkaufen und zu marktbeherrschenden Monopolen oder Kartellen anwachsen. Gleichzeitig ist ein großer Teil des Bankkapitals in wenigen Großbanken konzentriert, die über Kredite engste mit den Konzernen verbunden sind und durch die gegenseitige Abhängigkeit praktisch mit diesen verschmelzen. Die Monopole aus Bank- und Industriekapital beherrschen einen so großen Teil der Wirtschaft eines Landes, dass ihre Interessen unweigerlich zu den Interessen des Staates werden, in dem sie angesiedelt sind.

Regierungen in imperialistischen Ländern haben in erster Linie die Funktion, die Interessen der „eigenen“ Monopolverbände durchzusetzen, die in Konkurrenz mit ausländischen Monopolverbänden stehen: Zugang zu Märkten und Rohstoffen sowie möglichst vorteilhafte Bedingungen, um auch ausländische Märkte beherrschen zu können. Aus der Konkurrenz unter den imperialistischen Mächten ergibt sich für jede von ihnen der Zwang, sich andere Länder zu unterwerfen, bevor es die Konkurrenz tut. Das geht auf militärischem oder auf ökonomischem Wege. Die direkte Eingliederung in das eigene politische System (Annexionen, Kolonien) gibt es heute kaum noch. Die Zielländer werden entweder durch Kapitalexport in ökonomische Abhängigkeit gebracht oder per Regime Change (besonders gern durch die USA) den eigenen Interessen geöffnet, wobei sie formal souverän bleiben.

Aktuelle Weltlage

Dass bereits die ganze Welt von Kapital durchdrungen und beherrscht ist, heißt nicht, dass die Aufteilung der Welt ein für alle Mal abgeschlossen ist. Sie kann und muss neu verteilt werden, wenn sich die Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Mächten ändern, was zwangsläufig zu Konflikten führt. Genau das erleben wir aktuell mit dem Aufstieg Chinas und dem Versuch der USA, diesen aufzuhalten. China hat die größte Bevölkerung und nach den USA die zweitgrößte Volkswirtschaft sowie den zweitgrößten Militärhaushalt der Welt. Der Abstand zu den USA ist noch beträchtlich, verringert sich aber Jahr für Jahr. Mit der „Neuen Seidenstraße“ beginnt China im großen Stil Abhängigkeiten in Asien und Afrika zu schaffen und drängt selbst nach Europa. Es ist erklärtes Ziel der Regierung, Mitte des

Zwischen Handelskrieg und Defen Welche Rolle sp deutsche Imperi



Jahrhunderts Weltmacht Nr. 1 zu sein. Die jüngste Antwort der USA war der von Trump ausgerufene Handelskrieg. Es wird nicht die letzte gewesen sein. Anders als die USA und China bezieht Russland seinen Status als Weltmacht in viel höherem Maße aus seinen militärischen Kapazitäten (konventionelle und vor allem Atomwaffen in großer Zahl) als aus ökonomischer Stärke (nur Platz 12, hinter Kanada).

Rolle Deutschlands

Welche Rolle spielt Deutschland im imperialistischen Weltsystem? In den deutschen Medien wird der „eigene“ internationale Einfluss eher geringer dargestellt als er tatsächlich ist. Das hat einerseits damit zu tun, dass in der deutschen Bevölkerung Nationalismus und Imperialismus (aus guten Gründen) nach wie vor auf weniger Zustimmung stoßen als in anderen Ländern. Andererseits ist es auch ein Propagandamittel, um die Forderung nach mehr eigenem Einfluss populär zu machen. Fakt ist: die Darstellung ist verzerrt. Deutschland hat großen Einfluss, auch wenn er weniger offen sichtbar ist, weil er vor allem ökonomisch statt militärisch ausgeübt wird.

Die deutsche Wirtschaft ist die viertgrößte der Welt und stark exportorientiert. Sie exportiert aktuell Waren im Wert von über 1,3 Billionen Euro pro Jahr (Platz 3 hinter China und den USA), die wichtigste Branche ist dabei die Autoindustrie, dahinter Maschinen und chemische Industrie. Der Exportüberschuss liegt seit 2014 deutlich über 200 Mrd. Euro pro Jahr (Platz 2 hinter China), ihm steht ein ebenso hoher Kapitalexportüberschuss gegenüber. Insgesamt sind über 8 Billionen Euro deutsches Kapital im Ausland angelegt.

der 2020: ielt der alismus?



Da die deutsche Wirtschaft wesentlich stärker international verflochten ist als die japanische, muss Deutschland ökonomisch der drittgrößte Einfluss aller Staaten zugeschrieben werden. Dieser konzentriert sich vorrangig in Europa und besonders innerhalb der EU, in der (auch nach dem Brexit) über die Hälfte des deutschen Außenhandels erfolgt.

EU – neoliberal, undemokratisch, militaristisch

Die EU ist in doppelter Hinsicht das politische Schlüsselinstrument des deutschen Imperialismus. Nach innen durch den gemeinsamen Binnenmarkt und die gemeinsame Währung, die alle Schutzmechanismen gegen ausländische (vor allem deutsche) Exporte für weniger entwickelte Volkswirtschaften außer Kraft gesetzt haben. Hinzu kommt die massive finanzielle Abhängigkeit der „Krisenländer“ durch die hohe Verschuldung und die (maßgeblich von Deutschland getragenen) „Rettungsmaßnahmen“.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik aller Euroländer ist von EU-Regeln diktiert, die sehr wenig Spielraum für Abweichungen von der Austeritätspolitik lassen, die Deutschland durchgesetzt hat. Gegen den Willen von Deutschland und Frankreich, die sich grundsätzlich absprechen, kann in der EU praktisch nichts durchgesetzt werden.

Die EU bietet Deutschland jedoch nicht nur vorteilhafte Ausbeutungsbedingungen innerhalb Europas. Durch die Zollunion hat die EU als größter Binnenmarkt der Welt eine sehr starke Position bei der Ausgestaltung von Handelsbeziehungen mit dem Rest der Welt. Diese spielt sie bei der Aushandlung von „Freihandelsabkommen“ mit anderen Wirtschaftsräumen (zuletzt mit dem MERCOSUR) aus, um ihren Mitgliedern Vorteile zu verschaffen, die sie allein niemals bekommen würden.

Perspektiven

Die ökonomische Macht, die Deutschland innehat, hat sich bisher nicht in militärische Stärke übersetzt. Deutschland verfügt nicht über Atomwaffen und hat eine wenig kriegserfahrene Armee, welche, glaubt man den bürgerlichen Medien, kaum einsatzfähig ist. Inwieweit das tatsächlich zutrifft, lässt sich kaum sagen, da erstens die Bundeswehr in ihren Einsätzen bislang nur eine ergänzende Rolle spielt und zweitens die „Experten“ aus Politik, Medien und Militär mit ihrer „Einschätzung“ stets das Interesse verfolgen, den Militärhaushalt zu erhöhen. Dieses Interesse besteht in der herrschenden Klasse relativ unabhängig von der tatsächlichen Einsatzbereitschaft und Bedrohungslage, denn das Militär wird traditionell auch gerne dazu genutzt, überschüssiges Kapital zu vernichten, von dem welt-

weit reichlich vorhanden ist.

Deutschland ist fest in die NATO integriert und auf absehbare Zeit militärisch von ihr abhängig. In diesem Jahr zeigt sich mit der NATO-Übung Defender 2020 außerdem Deutschlands Schlüsselrolle als europäisches Aufmarschgebiet. Trotz der Rhetorik von Trump: Das Bündnis ist für die herrschenden Klassen in Europa und Nordamerika zu vorteilhaft, als dass sie es aufgeben könnten. Trotzdem wird auf deutsch-französische Initiative hin seit 2016 versucht, im Rahmen der EU den europäischen Teil der NATO zu stärken, um die Abhängigkeit zumindest zu verringern. Dieser Prozess geht noch langsam voran, kann aber langfristig den deutschen Imperialismus auf eine neue Stufe heben. Auch deshalb ist die EU das mit Abstand wichtigste Projekt der deutschen Bourgeoisie.

In den letzten Jahren wird von den deutschen Verteidigungsministerinnen zunehmend versucht, Deutschland in alle möglichen Einsätze von NATO-Partnern hineinzureden. Das zeigt den Anspruch, die eigene militärische Machtbasis zu stärken, läuft aber bisher unter dem Motto „Dabei sein ist alles“. Es ist nicht zu erwarten, dass Deutschland in den nächsten Jahren eigenständige Interventionen durchführt oder eine Führungsrolle übernimmt, es geht vielmehr darum mit möglichst geringem Aufwand überall einen Fuß in der Tür zu haben. Das wichtigste Ziel Deutschlands ist, seine wirtschaftliche Dominanz aufrechtzuerhalten. In der aktuellen Phase ist die Exportstärke dabei Segen und Fluch zugleich, denn das deutsche Modell ist von der Nachfrage aus dem Ausland abhängig und wäre bei der sich anbahnenden Wirtschaftskrise besonders betroffen. Der Versuch überall zu deeskalieren, wo die globale Konjunktur auf dem Spiel steht, erklärt sich genau aus dieser Rolle im Weltsystem.

So kommt es trotz der nach wie vor engen Bindung an die USA zu Konflikten bspw. im Umgang mit China oder dem Iran, in denen Deutschland vor allem zu besetzende Märkte sieht. Der Fall der Ostsee-Pipeline Nord-Stream 2 und die Verstrickung Deutschlands in die „Belt and Road Initiative“ des chinesischen Imperialismus verdeutlicht die Zwischenposition, die Deutschland zwischen den großen Machtblöcken einnimmt und die Potenzial hat, zu weiteren Konflikten zwischen Berlin und Washington zu führen.

Was heißt das für uns?

Durch die Ausbeutung anderer Länder wird die Ausbeutung im eigenen Land nicht aufgehoben. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus kann nur internationalistisch erfolgreich geführt werden. Internationalismus heißt dabei nicht, ein Bündnis aus kapitalistischen Staaten aus der lächerlichen Illusion heraus zu verteidigen, dass dieses für Frieden und humanistische Werte einstehe. Internationalismus heißt, gegen die „eigene“ herrschende Klasse und ihre Institutionen zu kämpfen, die uns und die weltweite Arbeiterklasse unterdrücken, dort wo wir sind. Für uns heißt das: Kampf dem deutschen Kapital, Kampf der NATO und Kampf der EU! Dem Imperialismus den Boden entziehen durch Enteignung der Banken und Konzerne! Demokratische Planung und Verwaltung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse! Um das zu erreichen, müssen wir uns organisieren und eine revolutionäre Partei als Kampforganisation der Arbeiterklasse aufbauen. Mach mit bei Offensiv! ■



USA: Ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen:

Bernie Sanders Aufstieg

Beatriz García, Izquierda Revolucionaria
Asturien (Spanien)
Aus dem Englischen von Rasmus Schad

Der Internationale Währungsfond hat in seinem Juni-Bericht die Wachstumsprognose der USA von 2,3 auf 2,6% nach oben korrigiert. Gleichzeitig warnte es vor den „problematischen“ sozialen Indikatoren des amerikanischen Giganten, wie der wachsenden Anzahl an Armen, deren Anzahl mittlerweile auf 45 Millionen, 14 Prozent der Gesamtbevölkerung angewachsen ist.

Der Niedergang der Lebensbedingungen der amerikanischen Arbeiterklasse und einem großen Teil der Bevölkerung, beschleunigt durch die Folgen von drei Jahren Trump'scher Politik, steht im krassen Gegensatz zur obszönen Anhäufung ungeheuren Reichtums durch eine winzige Minderheit von Milliardären und ist Öl im Feuer der politischen Polarisierung, die die amerikanische Gesellschaft erschüttert.

Eine Welle von Streiks: Die Arbeiterklasse nimmt den Kampf auf.

„Mindestens 40% der Leute, die zu uns kommen arbeiten. Sie haben zwei oder drei Jobs, sie haben Kinder, versuchen einen Schlafplatz auf irgendeiner Couch zu bekommen, wohnen in verlassenem Häusern oder in ihren Autos. Sie kommen hierhin zum essen und gehen zur Arbeit.“ Das berichten die Betreiber von Essensausgaben für die Obdachlosen in Atlanta. Mittlerweile sind 46 Millionen Amerikaner auf Tafeln angewiesen, 30% mehr als 2007. Die Jobs, die in den letzten Jahren entstanden sind, sind prekär und haben dem Phänomen „Arm trotz Arbeit“ neuen Aufschwung gegeben.

Gefangen in dieser Situation beteiligen sich größere Teile der amerikanischen Arbeiterklasse an wichtigen Auseinandersetzungen. Tatsächlich wurden letztes Jahr so viele Streiks geführt wie seit 1968 nicht. Das Startsignal kam von den Lehrern in West Virginia. Trotz der Gesetze des Bundesstaates, die eigentlich Streiks im öffentlichen Sektor verbieten, legten sie für neun Tage ihre Arbeit nieder und konnten eine Lohnerhöhung von 5% durchsetzen. Inspiriert durch diesen Sieg begannen auch in den Schulen in anderen Bundesstaaten die Angestellten für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Häufig standen den Streikenden dabei nicht nur ihre Arbeitgeber, sondern auch die Führung ihrer eigenen Gewerkschaften gegenüber. Diese versuchten häufig vorschnell

faule Kompromisse mit den Bossen zu erreichen, ohne die Kampfkraft ihrer Mitglieder zu nutzen. Ein Beispiel ist die Chicago Teachers Union, die eine schwache Vereinbarung traf und den Streik gegen den aktiven Widerstand von fast der Hälfte der Lehrer abbrach.

Dieselbe Situation lies sich bei den historischen Streiks bei General Motors beobachten, die am 16. September begannen. Sechs Wochen Streik, an denen sich circa 50.000 Arbeiter beteiligten, konnten 33 Fabriken und 22 Logistikzentren lahmlegen. Die Führung der Gewerkschaft UAW verteidigte die Beendigung des Streiks, obwohl trotz einiger Verbesserungen für einen Teil der Belegschaften GM nicht von seinem Vorhaben mehrere Betriebe stillzulegen abgerückt war. 57% der Streikenden akzeptierten die Einigung, da kein Plan den Kampf fortzuführen vorlag, obwohl die Opposition dagegen, insbesondere bei den schlechter bezahlten Beschäftigten und denen im von der Schließung bedrohten Werk in Lordstown (Ohio), stark war.

Sozialisten in den USA? Das Phänomen Sanders wächst weiter.

Dieser Anstieg an offenen Klassenkämpfen zeigt eindeutig wie tief die Grundfesten der amerikanischen Gesellschaft erschüttert sind. Sie sind der treibende Faktor hinter der Popularität von Bernie Sanders, der als einziger Kandidat der Demokraten echtes Interesse und Beteiligung an den Streikbewegungen gezeigt hat. Auch die breite Unterstützung, die der Senator von lokalen und nationalen Basisgewerkschaftern aus verschiedensten Sektoren erhält, spiegeln diesen Umstand wider. Die breite Bewegung um Sanders beunruhigt die Eliten der USA – allen voran die seiner eigenen Partei.

Schon während der Wahlkampagne um den Präsidentschaftskandidaten 2016 erschütterte Sanders Erfolg – mit mehr als 13 Millionen Wählern auf seiner Seite und Siegen in 22 Staaten gegen die Bürokratie der Demokraten – das Machtgefüge der Partei und eröffnete vielen neuen, linken Kandidaten wie Alexandria Ocasio-Cortez eine Bühne. Ein besonderes Beispiel ist der Fall von Kshama Sawant, die gerade ihre Wiederwahl in den Stadtrat von Seattle gegen Egan Orion, in den der in Seattle fast allmächtige Konzern Amazon hunderttausende Dollar investiert hatte. Dreh- und Angelpunkt ihrer Kampagne war die Forderung, die desaströsen Sozialbehörden der Stadt durch Besteuerung der größten Konzerne zu finanzieren.

Der Kandidat des Establishments der demokratischen Joe Biden, und auch viele liberale Medien sind weiterhin

auf seiner Seite. Trotz der Unterstützung des Apparats verlor er die ersten beiden Vorwahlen in New Hampshire und Iowa und liegt auch nach der von ihm gewonnenen Primaries in South Carolina abgeschlagen hinter Sanders.

Die Arbeiterklasse braucht eine Partei.

Sanders großer Erfolg ist es, die Bedürfnisse der arbeitenden Klasse wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Seine Grenzen sind auf der einen Seite sein Programm, das eher sozialdemokratisch anmutet und keinen Bruch mit dem Kapitalismus fordert, zum anderen seine Weigerung mit der Demokratischen Partei zu brechen, und das trotz der bürokratischen Manöver und Hinterzimmeraktiken, die ihn 2016 die Kandidatur gegen Hillary Clinton gekostet haben. Auch im Falle eines Sieges bei den Vorwahlen haben Clinton und

andere Funktionäre angedeutet, sie würden Sanders nicht unterstützen, wenn er bei der Präsidentschaftswahl gegen Donald Trump zur Wahl stände. Diese Ankündigung zeigt, wie wenig Zugeständnisse eine im Kern bürgerliche Partei einer Politik im Sinne der Arbeiter machen kann und will, auch wenn sie sich hundert mal als „progressiv und fortschrittlich“ bezeichnet.

Alle diese Erfahrungen zeigen das Potential und die Notwendigkeit eine echte Arbeiterpartei mit einem sozialistischen Programm in den USA zu organisieren. Die Vertiefung der kapitalistischen Krise und der Aufschwung der Klassenkämpfe öffnen weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung für diese Aufgabe. Sollte es nicht gelingen eine politische Vernetzung und Führung herzustellen, ist zu befürchten, dass die Arbeitskämpfe auf lokaler Ebene versanden und an ihrer Zersplitterung scheitern. ■

Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. All das können wir nicht durch ein paar Ministerposten erreichen, sondern nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur Wenige haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen Probleme ist nur erreichbar, wenn alle Bereiche der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: durch Versammlungen in den Nachbarschaften und Schulen und Räte in den Betrieben. Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeitermacht durch ein demokratisches Räte-System gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagrafen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.400€ brutto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohnrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wähl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!

Schleichende Privatisierung im Nahverkehr:



Nahverkehr zum Nulltarif!

Fyn Hansow

Seit Monaten rollen nun hunderte Wagen von „Moia“, dem neuen „innovativen“ Verkehrskonzept, durch Hamburg. Es handelt sich um Elektro-Sammeltaxen, die über eine App angefordert werden können. Das, zusammen mit den unzähligen E-Scootern wie Circ oder Lime, wurde zum Durchbruch bei der E-Mobilität erklärt. Letztlich zeigen solche Maßnahmen aber nur, wie wenig der Kapitalismus Verkehrschaos und Umweltzerstörung entgegensetzen kann.

Denn während der Ausbau des HVV-Verkehrsnetzes weiter nur stockend voran geht und S-Bahn-Linien regelmäßig durch Ausfälle lahmgelegt werden, wurde die Sinnlosigkeit der E-Roller, die alle paar Monate „kosteneffizient“ entsorgt werden, schnell klar und hinter Unternehmungen wie Moia steckt die Chefetage von VW – dieselbe, die verantwortlich für die Fälschung von Abgaswerten ist und Milliarden Gewinne mit dem Aufblähen des Individualverkehrs macht. Solche Unternehmensführungen, die einzig und allein nach dem Profitinteresse handeln, sind nicht auf einmal an gemeinnützigen Initiativen interessiert; stattdessen wittern sie die Chance, in den bisher öffentlichen Nahverkehr einzudringen. Eine schleichende Privatisierung geht vor sich und was Privatisierungen zur Folge haben, können wir uns in Hamburg jeden Tag aufs Neue mit Blick auf Krankenhauskonzerne wie Asklepios vor Augen führen.

Nulltarif – Aber wie?

Viele sind währenddessen weiterhin auf das Auto angewiesen und müssen stundenlang im Stau stehen; nicht, weil sie „Umweltsäue“ sind, sondern weil sie sich bei den stetig steigenden Fahrpreisen eine Monatskarte schlicht nicht leisten können. Alleine seit 1993 sind die Ticketpreise des HVV viermal so stark gestiegen wie die durchschnittlichen Parkgebühren in der Innenstadt.

Manche Stadtteile werden erst gar nicht an das Verkehrsnetz angebunden. Während in Nähe der schicken Hafencity monatelang die Haltestelle Elbbrücken gebaut wurde, warten ganze Bezirke seit Jahren auf eine U5. Das zeigt klar, dass der ÖPNV nicht nur eine Frage des Umweltschutzes ist – sondern auch des Sozialen! In wessen Interessen rollen die Busse? In unserem oder dem Interesse der Chefetagen von DB und Hochbahn?

In dem Sinne ist ein bedingungsloser Nulltarif auf der Tagesordnung. Jedem sollte der Zugang zum Verkehrsnetz möglich sein, ohne einen großen Teil des Gesparten dafür opfern zu müssen oder gezwungen zu sein, schwarz zu fahren. Dass ein solcher Nulltarif immer mehr Thema in den deutschen Großstädten wird und die Partei DIE LINKE ihn sich auf die Fahnen schreibt, ist sehr begrüßenswert.

In Luxemburg wird ab diesem März sogar ein Nulltarif eingeführt. Das bedeutet ohne Zweifel eine Erleichterung für viele Arbeiter, die tagtäglich auf Busse und Bahnen angewiesen sind. Dennoch sollte man sich nicht darüber hinwegtäuschen lassen, dass damit alleine die Frage noch nicht beantwortet ist. Letztendlich wird es nichts daran ändern können, dass die Verkehrsbetriebe kaputtgespart, die Löhne der Beschäftigten gedrückt und die Interessen der Bevölkerung ignoriert werden.

FORTSETZUNG AUF SEITE 3



MACH MIT BEI

Offensiv 
MARXISTISCHE ORGANISATION

 OFFENSIV_MARXISTEN  0178 1715539  INFO@OFFENSIV.NET

 OFFENSIV - MARXISTISCHE ORGANISATION  @ OFFENSIV.NET